

## Ruhetagsgesetz kommt vors Volk

**Behördenreferendum** Im Thurgau gibt es ein Tanzverbot. Zumindest an hohen Feiertagen wie etwa Weihnachten oder Karfreitag. Das umgangssprachliche Tanzverbot soll mit der Totalrevision des Ruhetagsgesetzes gelockert werden. Konkret will das Gesetz neu nicht-religiöse Veranstaltungen auch an hohen Feiertagen zulassen, sofern diese nicht mehr als 500 Personen umfassen und nicht im Freien stattfinden. Gemeinden können solche Ausnahmen genehmigen. Zwei Anträge zu diesem Geschäft gab es im Laufe der Diskussionen im Grossen Rat. Beide wurden abgelehnt. An der Schlussabstimmung vom Mittwoch sprechen sich 68 Kantonsrätinnen und Kantonsräte für die vorliegende Totalrevision aus. 43 sprechen sich dagegen aus, zwei Personen enthalten sich. In der Abstimmung zum Behördenreferendum zeigt sich: 44 von geforderten 30 Legislativmitgliedern ergreifen das Referendum. Das Ruhetagsgesetz und damit der Schlussentscheid über das Tanzverbot kommt vors Thurgauer Stimmvolk. (sba)

## Manipulation nicht erhärtet

**Corona** EDU-Kantonsrat Andreas Sigrist (Wallenwil) wollte in der Fragestunde im Grossen Rat vom Regierungsrat wissen, welche Lehren dieser daraus zieht, dass das deutsche Robert-Koch-Institut und die Medien während der Coronazeit manipulativ informiert hätten. «Der Regierungsrat äussert sich nicht zu den Erfahrungen in anderen Ländern», sagt Gesundheitsdirektor Urs Martin. «Es herrscht eine aussergewöhnliche Situation. Bis heute sind in der Gesellschaft Nachwirkungen spürbar.» Eine Pandemie sei ein komplexes Ereignis und eine retrospektive Aufarbeitung selbstverständlich. Deshalb habe der Regierungsrat diese früh in Auftrag gegeben. Eine manipulative Medienberichterstattung habe der Evaluationsbericht nicht feststellen können. Darauf Alexander Sigg: «Ich merke, dass ich diesen Evaluationsbericht noch nachlesen muss.» (hs)

## Trauerfeier an drei Orten

**Abdankung** Vor zwei Wochen, am 23. Januar, starb die Thurgauer Regierungsrätin Sonja Wiesmann überraschend an einer Lungenblutung. Nun ist das Datum der Abdankungsfeier bekannt. Diese findet am 17. März um 14 Uhr an gleich drei Orten statt. Zum einen in beiden Müllheimer Kirchen und zum anderen im evangelischen Kirchgemeindehaus in Müllheim. Die verstorbene SP-Politikerin wuchs in der Grüneck bei Müllheim auf und wohnte zuletzt in Wigoltingen. Seit dem 1. Juni 2024 war Sonja Wiesmann Teil der Thurgauer Regierung und Chefin des Departements für Justiz und Sicherheit. (sba)

# So trauert der Grosse Rat

In der Sitzung vom Mittwoch gedachte das Kantonsparlament der verstorbenen Regierungsrätin Sonja Wiesmann.

Sabrina Bächli

Eine weisse Kerze mit schwarzer Schleife, drei Rosen und ein Bild. Das ist alles, was den Platz der verstorbenen Regierungsrätin Sonja Wiesmann füllt. Die Lücke ist gross. Es ist mehr als nur ein leerer Stuhl. Es ist ein geliebter Mensch, eine hochgeschätzte Politikerin und eine Person, die sich über 20 Jahre für das Wohl der Thurgauer Bevölkerung eingesetzt hat, die fehlt.

Selten sitzen die Kantonsrätinnen und Kantonsräte so ruhig und still im Saal. Die Betroffenheit ist sichtlich gross. Die empfundene Trauer in Worte zu fassen, ist schwer. Dennoch stellt sich Grossratspräsident Peter Bühler (Mitte, Ettenhausen) in seiner Begrüssungsrede dieser Aufgabe. Gerade noch habe er mit Sonja Wiesmann in der Sitzung des Grossen Rats geschmunzelt, diskutiert oder einen Traubenzucker geteilt. «Fast zeitgleich mit mir hat sie hier vorne Platz genommen. Sie war stolz darauf, aber auch – wie ich – etwas nervös. Jetzt ist der Platz hier links von mir unbesetzt und leer.»

### Die Wahl in die Regierung war der Höhepunkt

Das beeindruckende politische Palmare der verstorbenen Regierungsrätin aufzuzählen, nimmt einige Minuten in Anspruch. Denn die politische Karriere von Sonja Wiesmann war lang und reich gefüllt. Sechs Legislaturen hat sie im Kantonsparlament gewirkt, in 35 Spezialkommissionen war sie Mitglied, und vier davon hat sie präsidiert. Des Weiteren war sie auch Gemeinderätin in Sirnach und über 15 Jahre lang Gemein-



SP-Parteipräsidentin Marina Bruggmann zündet die Kerze für die verstorbene Regierungsrätin Sonja Wiesmann an.

Bild: Niklas Thalmann

depräsidentin in Wigoltingen. Ihr Amtsantritt als Regierungsrätin sei aber zweifelsohne der Höhepunkt ihrer politischen Karriere gewesen. Bühler fasst zusammen: «Wir blicken mit grossem Dank auf das ausserordentliche Engagement von Sonja Wiesmann zurück. Sie hat sich unermüdet für Menschen eingesetzt. Wir wertschätzen ihr grosses Wirken für den Kanton sehr.»

Der Grosse Rat entbiete der Familie das tief empfundene Beileid. Insbesondere den beiden Töchtern von Sonja Wiesmann,

die auf der Tribüne im Weinfelder Rathaussaal neben alt Regierungsrätin Cornelia Komposch und SP-Nationalrätin Nina Schläfli Platz genommen haben.

### SP-Präsidentin richtet das Wort an die Anwesenden

Marina Bruggmann (Salmsach), SP-Parteipräsidentin, spricht im Namen ihrer Partei zu den 119 anwesenden Kantonsrätinnen und Kantonsräten. «Eine starke und prägende Stimme für die SP und unseren Kanton ist für immer verstummt», sagt Bruggmann. Die SP habe einen lie-

benswerten Menschen mit einem ausserordentlichen Gespür für das Gegenüber und grossem Willen für Gerechtigkeit verloren.

Wiesmann habe keine grossen Reden gehalten, sondern lieber gehandelt, die Menschen, egal, welcher politischer Couleur, ernst genommen und habe stets ein offenes Ohr gehabt. «Wir sind in tiefer Trauer, empfinden aber auch tiefe Dankbarkeit für alles, was sie getan hat. Ihre Überzeugungen und ihr Herzblut werden weiterleben.» Im Anschluss halten alle Anwe-

senden im Saal eine Schweigeminute für die Verstorbene. Ein Trompetenensemble der Bürgermusik Ettenhausen spielt das Stück Ich hatte einen Kameraden. Im Saal herrscht völlige Stille. Danach geht der Grosse Rat in den normalen Ratsbetrieb über. «Wir bitten, auf Beileidsbekundungen in den Voten zu verzichten», sagt Grossratspräsident Peter Bühler. «Auch wenn es uns schwerfällt, in die alte Ordnung zurückzufinden. Es wäre, so glauben wir, im Sinne von Sonja gewesen, diese Sitzung so durchzuführen.»

## Biodiversität bleibt kontrovers

Der Grosse Rat will die Biodiversität nicht in das Thurgauer Planungs- und Baugesetz einbauen.

Hans Suter

In einer rund zweistündigen Debatte hat der Thurgauer Grosse Rat die vom Regierungsrat oder der vorberatenden Kommission vorgeschlagenen Änderungen im Planungs- und Baugesetz in erster Lesung durchberaten.

Alle Fraktionen votieren für das Eintreten auf dieses Geschäft und unterstützen mehrheitlich die Fassung der vorberatenden Kommission. Damit kann der Regierungsrat gut leben, wie Dominik Diezi als Vorsteher des Departements für Bau und Umwelt (DBU) zu verstehen gibt.

Die Anträge der Grünen zur Festigung der Biodiversität im Gesetz finden trotz Unterstützung von SP und GLP keine Mehrheit im Parlament.

### Gesetz will parallele Verfahren ermöglichen

Warum braucht es überhaupt eine Teilrevision des kantonalen Planungs- und Baugesetzes (PBG)? «Für den dringend gebor-

tenen Ausbau der erneuerbaren Energien braucht es rasche und unkomplizierte Verfahren», schreibt der Thurgauer Regierungsrat in seiner 35-seitigen Botschaft an den Grossen Rat. Die Kantone seien gestützt auf das Energiegesetz aufgefordert, für den Bau, die Erweiterung und die Erneuerung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien rasche Bewilligungsverfahren vorzusehen.

Teilweise muss sich die Thurgauer Gesetzgebung also Änderungen in der nationalen Gesetzgebung anpassen. Andererseits aber auch die heutige Rea-



Regierungsrat Dominik Diezi, Chef DBU. Bild: Ralph Ribl

lität im Gesetz abbilden. Insbesondere will der Regierungsrat in zentralen Bereichen dem Beschleunigungsgebot Nachachtung verschaffen. Dies insbesondere durch eine bessere Koordination der erforderlichen Verfahren bei grösseren, der Planungspflicht unterliegenden Bauvorhaben, der gesetzlichen Verankerung und Ausweitung des Meldeverfahrens sowie der Ausdehnung der bewilligungsfreien Sachverhalte.

Die vorgeschlagenen Anpassungen sollen für planungspflichtige Vorhaben ein Instrumentarium bereitstellen, damit diese nach Möglichkeit parallel und gleichzeitig durch die behördlichen Instanzen beurteilt werden können. Nicht Ziel der vorliegenden Gesetzesänderung ist die Erschaffung eines neuen Instruments oder neuer Verfahren.

«Mit den vorgelegten Gesetzesanpassungen sollen einzig eine zeitliche Abstimmung und eine Koordination der vorbestehenden Verfahren ermöglicht

werden», hält der Regierungsrat fest. Die vorweg wichtigste Voraussetzung für diese Zielsetzung sei neben einer koordinierten Projektausarbeitung eine zeitgleiche öffentliche Auflage der entsprechenden Instrumente und im Anschluss ein zeitgleicher Entscheid der zuständigen Behörde.

### Planungszonen auf fünf statt sieben Jahre befristen

Diskussionspunkte in der Grossratsdebatte waren die explizite Aufnahme von Massnahmen zur Förderung der Biodiversität, qualitätssichernde Massnahmen bezüglich Bau und Freiraum sowie eine Aufweichung der Aufzählung bei den Vorschriften, damit diese nicht als abschliessend gilt. Die Kesswiler Kantonsrätin Karin Bétrisey, die dazu im Namen der Grünen-Fraktion vier Anträge stellt, erreicht trotz der Unterstützung von SP und GLP keine Mehrheit. Es wird darauf verwiesen, dass die Biodiversität bereits verankert sei, einer-

seits im Natur- und Heimatschutzgesetz, andererseits in der Biodiversitätsstrategie.

Abgelehnt wird auch der Antrag von Ulrich Marti (SVP, Lanzenneunforn), das neu ins PBG aufgenommene Meldeverfahren wieder zu streichen. Einzig der Frauenfelder Mitte-Kantonsrat Beda Stähelin dringt mit einem Antrag durch. Der geänderte Paragraph 32 des PBG besagt: «Zur Sicherstellung planerischer Massnahmen oder der Erschliessung kann die zuständige Behörde für eine Dauer von bis zu fünf Jahren Planungszonen festlegen. Diese Frist kann aus triftigen Gründen bis zu einer Gesamtdauer von sieben Jahren verlängert werden.»

Stäheli beantragt, dass die Frist um höchstens vier auf maximal sieben Jahre verlängert werden kann. Er setzt sich damit gegen einen Antrag aus der SVP (fünf statt sieben Jahre) und gegen den Wortlaut der Kommission durch. Die zweite Lesung der Vorlage findet an der Sitzung vom 19. Februar statt.